

Der Kanton will sein Budget bis 2015 um jährlich 25 Millionen Franken entlasten

# Opfersymmetrie» beim Sparen

Alle Departemente müssen wegen des Entlastungsprogramms ESH 3 Federn lassen. Um das Budget um 25 Millionen Franken entlasten zu können, sollen auch 57 Stellen gestrichen werden. Besonders in den Bereichen Bildung und Gesundheit sind die angekündigten Kürzungen schmerzhaft.



40'000 Franken, die die Kantonsschule durch höhere Kopierpreise einnehmen will, sind noch einer der harmlosesten Ein-  
 mitte im Bereich Bildung. Foto: Peter Pfister

## ■ Thomas Leuzinger

Kein Regierungsmitglied freute sich am Dienstag darauf, das Sparprogramm vorzustellen. Nach fünf fetten Jahren – von 2004 bis 2008 nahm das Bruttoinlandprodukt des Kantons um über 18 Prozent zu – muss nun der Gürtel enger geschnallt werden, ansonsten droht in den nächsten Jahren ein saftiges Defizit. Bis 2015 fehlen rund 129 Millionen Franken in der Staatskasse, wenn keine Bemühungen zum Sparen unternommen werden.

Dass die Finanzlage in den kommenden Jahren weniger gut ausfallen wird, hatte sich bereits angekündigt. Grund ist zum einen das Wirtschaftswachstum, das nach einigen guten Jahren wieder abgeflaut ist. Zum andern fallen der Anteil

am Ertrag der Nationalbank, die Dividenden der Beteiligung an der Axpo, ein Teil der direkten Bundessteuern und die Einnahmen aus dem interkantonalen Finanzausgleich weg, da Schaffhausen aufgrund der guten Ergebnisse der letzten Jahre zu den finanzstarken Kantonen umgeteilt wurde, die sich am Finanzausgleich beteiligen müssen.

Angesichts des grossen Handlungsbedarfs wird kein Departement von den Sparmassnahmen verschont, die im Entlastungsprogramm ESH 3 definiert wurden. Insgesamt 101 Massnahmen hat die Regierung formuliert. Am meisten Sparen muss das Departement des Innern, das 8,6 Millionen Franken zum Sparpaket beisteuern muss, und das Erziehungsdepartement, das 7,3 Millionen weniger ausgeben darf. 2015 soll sich das Defizit

so nur noch auf 5,3 Millionen statt auf 30 Millionen Franken belaufen.

Das hat auch einen Einfluss auf den Personalbestand: Bis 2015 sollen insgesamt 5700 Stellenprozent abgebaut werden. Dies soll allerdings laut dem Regierungsrat nicht über Entlassungen geschehen, sondern über natürliche Fluktuation. Möglich sei das, weil mehr als jeder zehnte Mitarbeitende beim Kanton über 60 Jahre alt ist. Gleichzeitig will der Kanton aber auch 11 neue Stellen schaffen.

## Es trifft Spital und Schule

Der grösste Einzelposten betrifft die Schaffhauser Spitäler. Sie müssen künftig mit 4,5 Millionen Franken und 20 Stellen weniger auskommen. Ebenfalls rigoros gespart wird bei der Bildung, wo der Rotstift sowohl bei der Kantonsschule

als auch bei der Volksschule, der Pädagogischen Hochschule, der Handelsschule, der Sonderschule und dem Berufsbildungszentrum angesetzt wurde.

Gestrichen werden soll an der Kantonschule unter anderem das selbstorganisierte Lernen, die zweisprachige Matura und der Physik-Laborunterricht in der dritten Klasse. Zudem ist vorgesehen, die Zahl der Klassen von zehn auf neun zu senken. Wegen der geburtenschwachen Jahrgänge hat das im Moment keinen Einfluss. In einigen Jahren, wenn die Zahl der Sekundarschulabgänger steigt, könnten dann aber die Aufnahmebedingungen verschärft werden, damit die Zahl der Klassen nicht überschritten wird.

Einen happigen Brocken muss auch die Volksschule beisteuern: 800'000 Franken will der Kanton sparen, indem etwa der Unterricht in geteilten Klassen aufgehoben wird. Schulfächer oder Lektionen würden aber nicht gestrichen, versichert Regierungsrat Christian Amsler.

Eine weitere halbe Million Franken will der Regierungsrat durch die Reduktion der Anzahl Sonderschulplätze einsparen. Auch andere Posten im Bereich der Bildung sind bei den Sparmassnahmen aufgelistet. Durch die Streichung der Kantonsbeiträge an Weiterbildungs-Institutionen, durch die Reduktion der Staatsbeiträge an die Musikschule um 25 Prozent, durch Klassenoptimierung an der Han-

delsschule, durch das Anheben der Aufnahmebedingungen für das Berufsvorbereitungsjahr, oder etwa durch tiefere Beiträge an den Fremdsprachenaufenthalt und höhere Gebühren für die Fachprüfung an der Pädagogischen Hochschule sollen Kosten gesenkt werden.

Dass diese Sparmassnahmen nicht ohne Widerstand durchgesetzt werden können, dessen ist sich Regierungsrat Amsler bewusst: «Ich habe grossen Respekt vor der Emotionalität des Themas», meinte er, betonte aber auch, dass er sich für die Schule eingesetzt habe und weitere Kürzungen wie etwa eine Pensenerhöhung bei den Lehrern verhindern konnte.

### Grossprojekte nicht sistiert

Weitere grosse Brocken im Sparpaket sind die Beiträge an die FlexTax-Abonnemente und die Kirchen sowie die Informatik des Kantons. Die Monats- und Jahresabonnemente des Verkehrsverbundes wurden bisher mit 1,5 Millionen Franken subventioniert: Diese Subventionen werden komplett gestrichen. Die Landeskirchen wiederum erhalten künftig nicht mehr vier, sondern nur noch drei Millionen Franken vom Kanton. Dies hält der Regierungsrat für vertretbar, da der Anteil der Kirchen-Mitglieder im Kanton seit dem Jahr 1970 von 94,6 auf 69,4 Prozent gesunken ist. Und bei der Informatik wird ebenfalls etwas mehr als eine Million Franken gespart.

Nicht von den Sparmassnahmen betroffen sind einzelne Grossprojekte wie der Spitalneubau oder das Polizei- und Sicherheitszentrum. Sistiert wurden dafür andere Projekte wie die Schaffung eines Hochschulinstituts.

### Solidarität ist gefragt

«Es gibt eine Opfersymmetrie», meinte Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel an der Medienorientierung. «Ziel war es, ein ausgewogenes Paket zu schnüren.» Die Departemente, die Gerichte sowie Regierungsrat, Kantonsrat und Staatskanzlei haben denn auch alle ihren Aufwand um 3 bis 6,2 Prozent gesenkt. Rund die Hälfte der Einsparungen kommt durch Leistungsanpassungen und Effizienzsteigerung zustande. Ein weiteres Viertel wird durch Subventionskürzungen gespart und rund 12 Prozent kommen über Einnahmenerhöhungen zustande, wie etwa die halbe Million, die durch Bussen von Polizei und Staatsanwaltschaft zusätzlich in die Staatskasse gespült werden sollen.

Dass die Massnahmen zu reden geben werden, darüber ist sich auch Widmer Gysel im Klaren. «Es gibt immer achtenswerte Gründe, eine Entlastungsmassnahme nicht zu realisieren», so Widmer. Jetzt sei aber die Solidarität des Kantonsrates und der Bevölkerung beim Mittragen der Massnahmen gefragt.

## Kommentar

# Vorsicht bei den Rechenspielen

Der Widerstand gegen die Sparmassnahmen ist vorprogrammiert. Gerade bei der Bildung, wo die Lehrer schon seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, ist das auch nicht weiter verwunderlich. Zumal die Belastung der Lehrpersonen mit der Streichung von Sonderschulplätzen oder der Reduktion der Lektionen für Schüler weiter steigt und die Attraktivierung des Berufes – wie sie wegen des Lehrermangels immer wieder gefordert wird – kaum mehr möglich ist. Da der Kanton eigentlich junge Familien anziehen will, die gerade das Bildungsangebot in Anspruch nehmen, könnte dieser Schuss auch nach hinten losgehen. Dass die Kantonsschule etwa beim Kopieren 40'000 Franken mehr einnehmen will, klingt mehr nach

Verzweiflung als nach einem seriösen Vorschlag.

Dass das Budget ausgereizt ist, zeigen auch die Rechenspiele, die im Sparpaket enthalten sind, aber keine wirklichen Einsparungen bringen. So etwa der Verzicht auf die Budgetierung von unvorhergesehenen Rettungsgrabungen, die Senkung der Abschreibungen bei der amtlichen Vermessung oder die Streichung des Unterhalts für das Gefängnis, bei dem man notabene mit einem Tischbein ein Loch in die Wand graben kann. Das sind alles Ausgaben, die entweder auf später verschoben werden oder trotzdem getätigt werden müssen. Ähnlich schwammig sieht es auch beim Spital aus, wo noch lange nicht klar ist, ob tatsächlich Einsparungen in

der vorgesehenen Höhe getätigt werden können. Denn ausschlaggebend dafür ist schlichtweg der Bedarf im Kanton.

Auch aus einem weiteren Grund sind die Zahlen mit Vorsicht zu geniessen. Sollte die Senkung der Prämienverbiligung an der Urne wieder rückgängig gemacht werden, dürfte das Defizit erneut anwachsen und die Entlastung der Gemeinden um drei Millionen Franken – wie sie in der Vorlage festgehalten sind – würden wohl ebenfalls hinfällig.

Hätten die Bürgerlichen in den fetten Jahren auf die Steuersenkungen verzichtet, hätte man sich nicht nur die Rechenspiele, sondern auch einen Grossteil der schmerzlichen Kürzungen ersparen können.

Thomas Leuzinger